Dresdner Volkszeitung

Postscheckkonto: Leipzig. Anden & Komp., Nr. 20618.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Bankkonto: Gebr. Arnhold, Dresden.

Abonnementspreis einschließlich Bringerlohn monatlich 2.00 M. Durch die Post bezogen vierteljährlich 6.00 M., unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 9.00 M.
Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Redaktion: Wettinerplatz 10. Tel. 25261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. **Expedition:** Wettinerplatz 10. Tel. 25261. Geschäftszeit von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: die 7gespaltene Nonpareillezeile 90 Pf., Familienanzeigen 70 Pf., die 3gespaltene Reklamezeile 3 M. Bei mehrmaliger Aufgabe Rabatt. Inserate sind im voraus zu bezahlen. Eine Verpflichtung zur Aufnahme an vorgeschriebenen Tagen kann nicht übernommen werden. Für Briefnachfrage 20 Pf.

Nr. 288 | Dresden, Sonnabend den 13. Dezember 1919 | 30. Jahrg.

Die Angst vor Erzberger

Das Londoner Programm

Paris, 12. Dezember. Wie der Sonderberichterstatter des Matin aus London mitteilt, ist das Programm der Unterredung zwischen den Staatsmännern der verbündeten Staaten in London wie folgt festgesetzt worden:

Ein starkes militärisches Bündnis zwischen Frankreich, England und Belgien zu erzielen, wenn möglich mit einem interalliierten Generalstab;

ein ausreichendes Heilmittel gegen den Sturz des Wechselkurses zu suchen;

endlich durch ein Uebereinkommen zwischen der englischen und französischen Regierung eine gemeinsame Lösung der türkischen und russischen Probleme sowie der Adriafrage zu erzielen.

Die gestrigen Beratungen zwischen Lloyd George und Clemenceau sollen heute auf breiterer Grundlage unter Zuziehung des italienischen Außenministers Scialoja und des amerikanischen Botschafters Davis fortgesetzt werden, so daß also auf der einen Seite eine französisch-englische, auf der andern Seite eine interalliierte Konferenz abgehalten werde, welch letztere man als eine fortgesetzte Friedenskonferenz betrachten könne.

Lugano, 13. Dezember. Nach einem Londoner Bericht des Corriere della Sera beschlossen Lloyd George und Clemenceau, die Verhandlungen über die wirtschaftlichen Fragen einem Ausschuß von Fachmännern zu übertragen. Bezüglich der politischen Probleme wurde am ersten Tage keine Einigung erzielt. In der Besprechung wurde der Erwartung Ausdruck gegeben, daß Amerika trotz den großen Schwierigkeiten den Friedensvertrag und die Satzungen des Völkerbundes mit verschiedenen Vorbehalten annehmen werde, was aber nach Ansicht der französischen Diplomatie einem vollständigen Rücktritt Amerikas vorzuziehen sei. Frankreich und England sind fest entschlossen, alle Vorbehalte des amerikanischen Senats, auch wenn sie den Ansichten Wilsons widersprechen, gutzuheißen.

Rom, 13. Dezember. Die Blätter fahren mit Erörterungen über die Londoner Reise des Ministers Scialoja fort. Der Tempo macht auf die Hoffnung der französischen Presse aufmerksam, daß die Londoner Begegnung das englisch-französisch-italienische Einvernehmen besiegeln werde. Der Tempo fügt hinzu: Sollte in London sich Westeuropa tatsächlich wiederfinden, so wäre dies für Italien eine große Genugtuung, weil die Lösung verschiedener kleiner Probleme (die Fiumefrage) die logische Folge jenes Abkommens wäre.

Renner in Paris

Aus Paris wird gemeldet: Staatskanzler Dr. Renner ist mit seiner Begleitung Donnerstag mit dem Orientexpreßzug in Paris eingetroffen. Gleich bei seiner Ankunft schilderte er einem Vertreter des Temps die Notlage Deutschösterreichs und Wiens im besondern. Er hätte niemals geglaubt, daß das menschliche Elend von Tag zu Tag in dieser Weise steigen könne. Die kleine deutschösterreichische Republik verlange nur die Möglichkeit zu leben. Sie habe keinen andern Ehrgeiz, als durch ihre Arbeit ihr tägliches Brot zu gewinnen. Es handle sich jetzt nicht mehr um politische Entschlüsse, sondern um solche der Menschlichkeit. Man müsse bedenken, daß die Kindersterblichkeit in Wien 60 Proz. erreicht habe. Man wisse dort nicht mehr, was es heiße, eine Wohnung zu heizen. Die Kohlen-Wochenmenge für eine Familie sei auf drei Kilo gesunken, und um diese zu erhalten, müsse man stundenlang auf der Straße stehen. Auch im Elend dürfe eine Grenze nicht überschritten werden, weil dahinter der Tod stehe. Solle ein ganzes Volk buchstäblich zugrunde gehen? Man spreche von der bolschewistischen Gefahr, aber könne man der verzweifelten Revolte der Menschen, die keine andre Triebfeder als den Hunger hätte, noch eine politische Bezeichnung geben? In Innsbruck habe die ausgehungerte Volksmenge geplündert, wer könne wissen, was sich morgen ereigne? Renner sagte: Wir wollen keine Bettler sein, wir wollen unsre Fähigkeit zur Arbeit wiedergewinnen. „Wir wollen wiederaufbauen, solange es noch etwas wiederaufzubauen gibt."

In seinem Leitartikel sagt Temps: „Helfen wir Oesterreich!" Er stellt die Frage, warum man nicht geduldet habe, daß Deutschösterreich dem Deutschen Reiche einverleibt würde. Die Alliierten hätten mit Recht geglaubt, die Angliederung entspreche nicht dem spontanen und einmütigen Willen des österreichischen Volkes, sondern vielmehr dem Ehrgeiz gewisser sozialistischer Agitatoren. Von Dr. Adler bis zu Dr. Bauer habe eine ganze Gruppe von Tribunen in einem großen marxistischen und geeinigten Germanien eine würdigere Bühne für ihre Talente gesehen, als auf der kleinen Szene in Wien. Die Alliierten hätten auch geglaubt, daß ein unabhängiges Oesterreich fähig sein würde, in der [illegible] Zivilisation eine Rolle zu spielen, nicht beschränkt auf die Zahl seiner Steuerzahler und seiner Quadratkilometer. Sie [illegible] wohnt, durch sich selbst zu glänzen, umgeben von Provinzen, die seit Jahrhunderten mit ihm verbunden gewesen seien, könne Oesterreich der Mittelpunkt einer besondern germanischen Kultur werden, einer pazifistischen, verfeinerten, und man könne beinahe sagen, einer europäischeren, als der des Deutschen Reiches, die zwischen dem Revolutionär Crispien und dem Obersten Reinhard hin und her schwanke und dadurch einen gewissen Beigeschmack habe. Aber um ein Herd der Zivilisation, ein Element pazifistischen Gleichgewichts und Fortschritts zu sein, müsse Oesterreich leben, oder es sterbe.

Paris, 12. Dezember. In der gestrigen Sitzung der Reparationskommission gab Dr. Renner eine Erklärung ab, in der er darauf hinweist, daß die Republik Oesterreich ohne ein Versäumnis ihrer Verwaltung binnen drei Wochen ohne Brot und Mehl sein würde und bei ihrer devalvierten Währung selbst weder Getreide noch irgend andre Lebensmittel werde kaufen können. Derart, sagte der Staatskanzler, ist unsre Lage, daß wir es nicht wagen können, nach Wien zurückzukehren, ohne Brot und Kredit mitzubringen. Keine Regierung kann es verantworten, die öffentlichen Geschäfte weiterzuführen, wenn sie weiß, daß viele Millionen Menschen in einigen Tagen einem absoluten Nichts gegenüberstehen. Sie selbst würden es dieser Regierung niemals verzeihen, wenn sie nicht durch das freimütigste Bekenntnis dieser Lage des Landes die Menschheit vor der grauenhaftesten Katastrophe gewarnt hätte. Wir appellieren an ihr politisches Urteil, das nicht zulassen kann, daß sechs Millionen verzweifelter Menschen ohne eigene Regierung den Mächten die schwierigsten militärischen und politischen, wirtschaftlichen und finanziellen Aufgaben aufzwingen. Wir appellieren an ihr menschliches Herz, das die Möglichkeit eines Massensterbens ohne geschichtliches Beispiel im 20. Jahrhundert der christlichen Zivilisation weit von sich weisen wird. Wir glauben hoffen zu dürfen, daß die wohldurchdachten Anträge der Reparationskommission dem Obersten Rate jene Vorschläge erstatten werden, deren Annahme und Durchführung unser armes Volk retten und in den Stand setzen werden, die im Vertrage von St. Germain übernommenen Pflichten in rechtschaffener Weise zu erfüllen.

Der österreichische Staatskanzler Dr. Renner hat die Vertreter der Pariser Zeitungen empfangen. Fast sämtliche Morgenblätter sprechen die Erwartung aus, die Entente möge Deutschösterreich zu Hilfe kommen, wenn sie dazu in der Lage sei.

Hungerrevolte in Steyr

Wie Linzer Blätter melden, kam es Donnerstag vormittag in Steyr infolge der Lebensmittelnot zu Kundgebungen der Arbeiterschaft vor der Bezirkshauptmannschaft und dem Rathause. Auf dem Stadtplatze sammelten sich einige tausend Menschen an. Einige Bauern wurden auf dem Wochenmarkte mißhandelt und verletzt. Gegenwärtig herrscht in der Stadt wieder Ruhe.

Die Liste der Schuldigen

Genf, 13. Dezember. Die Fertigstellung der Auslieferungsliste, die augenblicklich von den alliierten Untersuchungskommissionen angefertigt wird, ist immer noch nicht so weit vorgeschritten, daß ihre unmittelbare Ueberreichung bevorsteht. Wie in gut unterrichteten Pariser Kreisen verlautet, dürfte ihre Uebermittlung an die deutsche Regierung frühestens im Januar folgen. Sofort nach Fertigstellung werde die Auslieferungsliste den Parlamenten der alliierten Staaten zur Durchsicht und Genehmigung vorgelegt werden. Jedem auf der Liste stehenden Namen ist eine ausführliche Begründung der Schuld der betreffenden Persönlichkeiten beigefügt. Die Liste scheint übrigens ziffernmäßig stark verkleinert worden zu sein. Während früher von über 1100 Namen gesprochen wurde, teilt man sich in eingeweihten Kreisen jetzt mit, daß die Auslieferungsliste keinesfalls mehr als 300 Namen umfaßt.

Um den Exkaiser

Rotterdam, 13. Dezember. Nach einer Mitteilung der Pall Mall Gazette ist ein Ersuchen um Auslieferung des Kaisers in allernächster Zeit zu erwarten; die vorbereitenden Schritte dazu sind unternommen.

Nach einer Meldung aus Berlin, wurde im 1. Unterausschuß des parlamentarischen Untersuchungsausschusses angeregt, den früheren deutschen Kaiser zu vernehmen, eventuell durch Vermittlung Hollands, jedoch wurde die Entscheidung darüber zurückgestellt, bis die Auskunftspersonen ihre Antworten eingereicht haben.

Gegen die Tonnageablieferung

Bremen, 12. Dezember. Die Handelskammer Bremen richtete an das Auswärtige Amt eine Drahtung, in der es heißt:

Nochmals bitten wir aufs dringendste, die Ablieferung der 400000 Tonnen uneingeschränkt abzulehnen. Im Sonderheit kann in den Weserhäfen kein Schwimmdock, Schwimmkran, Seeschlepper und Seebagger entbehrt werden, wenn nicht die Strommündung versanden, der Seeverkehr ersterben und die allgemeine Wirtschaft verkümmern soll. Wir stehen zusammen sowohl mit den gesamten deutschen Reedern, Werften und Kaufleuten, als auch mit der deutschen Schiffsmannschaft und den deutschen Werftarbeitern, deren gemeinsame Lebensinteressen tödlich getroffen würden.

Der Bremer Reederverein hat auch nach Bekanntwerden der letzten Ententenoten ein Telegramm an die Reichsregierung gesandt, in dem es u. a. heißt:

Ein bedingungsloses Nein ist deshalb unsres Erachtens die einzige Antwort, welche die deutsche Regierung erteilen kann auf das vom krassesten Vernichtungswillen diktierte Erpressungsverlangen unsrer Feinde.

Kapitalistischer Steuerjammer

In der kapitalistischen Welt Deutschlands herrscht Heulen und Zähneklappern. Es soll ans große Steuerzahlen gehen. Während des Krieges hat man bei uns eine leichtfertige Finanzpolitik getrieben. Den Besitzenden sollte nicht wehgetan werden, und so hat man sie mit schweren steuerlichen Eingriffen verschont. Während in England ein erheblicher Teil der Kriegskosten durch Steuern aufgebracht wurde, hat man sich bei uns in erster Reihe auf die Anleihen verlassen. Unsre Zettelwirtschaft und die Teuerung hätten nicht so schlimm zu werden brauchen, wenn man sich rechtzeitig entschlossen hätte, die großen Einkommen durch hohe Steuern genügend zu treffen.

Jetzt soll endlich Ordnung in unser zerrüttetes Finanzwesen gebracht werden, was nicht anders zu machen ist, als daß ganz gewaltige Steuern erhoben werden. Nun klagen gerade die Leute am meisten, die während des Krieges den Mund nicht genug aufreißen konnten, die in der Vaterlandspartei für den Siegfrieden geschwärmt und so zur Verlängerung des Krieges beigetragen haben. Es vergeht fast kein Tag, wo nicht irgendeine Unternehmerorganisation einen Protest gegen das Reichsnotopfer oder gegen die Einkommen- oder Kapitalrentensteuer ergehen läßt. Die kapitalistische Presse ist gespickt mit schweren Anklagen gegen den angeblichen Dilettanten Erzberger, der aus Unfähigkeit oder Niedertracht ein schweres Attentat gegen unsre Volkswirtschaft begehen wolle.

Gegen die Steuervorlagen der Regierung wird geltend gemacht, daß durch die hohen Steuern das Betriebskapital der Unternehmungen in gefährlicher Weise geschwächt und daß die Kapitalbildung verhindert wird. Richtig ist natürlich, daß derartig hohe Steuern ein Nachteil für unser Wirtschaftsleben sind und die Erschwerung der Kapitalsansammlung, die zweifellos die Folge der neuen Steuern ist, ist auch vom Standpunkt der Arbeiterschaft sehr bedenklich. Aber die Leute, die nicht laut genug über die Steuern schreien können, haben bis jetzt das Rezept noch nicht gefunden, durch das unsre Volkswirtschaft vor diesen Schäden behütet werden kann.

Soll etwa die Papiergeldwirtschaft fortgesetzt werden, unter der jetzt unsre ganze Wirtschaft so schwer leidet? Wenn wir die Notenpresse so weiter arbeiten lassen wie bisher, muß die Teuerung immer schlimmer werden. Wir kommen schließlich dahin, daß wir unsre Stuben mit Papiergeld tapezieren können, weil es wertlos geworden ist. Den Unternehmern wäre mit einer Fortführung der gegenwärtigen Zettelpolitik auch nicht gedient, muß doch schließlich die Zunahme der Teuerung dahin führen, daß das Betriebskapital der Unternehmungen zur Fortführung der Betriebe nicht ausreicht.

Oder glauben die Herren Kapitalisten, daß man, wie das im alten Deutschland geschah, die Steuerlasten zum größten Teil auf die Schultern der breiten Massen abwälzen könne? Sie werden sich doch nicht einbilden, daß die Massen sich etwas derartiges gefallen ließen. Es ist auch ganz ausgeschlossen, daß die Massen die ungeheuren Lasten, die jetzt zu tragen sind, auch wirklich tragen könnten. Trotzdem die Löhne im allgemeinen nicht über das zum Leben unbedingt Notwendige hinausgehen, werden sowieso auch die Arbeiter hohe Steuern zahlen müssen. Sollten ihnen noch höhere Lasten aufgebürdet werden als das schon geschieht, so würden sie einfach eine Erhöhung ihrer Löhne erzwingen, und deshalb wäre den Unternehmern nicht einmal mit einer übermäßig starken Belastung der Arbeiterschaft geholfen.

Von einigen Seiten wird als Aushilfsmittel die Durchführung einer Zwangsanleihe an Stelle des Reichsnotopfers angepriesen. Es wird dafür geltend gemacht, daß dann die Unternehmer Wertpapiere in der Hand behalten würden, die ihnen als Unterlagen für die Aufnahme von Krediten dienen können. Es ist aber zum mindesten sehr zweifelhaft, ob durch eine derartige Zwangsanleihe irgend etwas gebessert wäre. Wenn die Zwangsanleihe dem Reich finanziell helfen soll, dürfte sie nur etwa 1 bis 2 Prozent Zinsen tragen, die Anleihescheine würden daher im Verkehr nur einen geringen Wert haben. Dazu käme, daß durch diese Zwangsanleihe deswegen, weil ein — wenn auch niedriger — Zins gewährt werden müßte, eine viel größere Summe aufzubringen wäre, als durch das jetzt geplante Reichsnotopfer. Unsre Volkswirtschaft würde mit solchen Zwangsanleihepapieren geradezu überschwemmt werden und dadurch wäre die Verwertung dieser Papiere oder ihre Verwendung als Kreditunterlage aufs äußerste erschwert.

Gegen die Erhebung des Reichsnotopfers wird geltend gemacht, daß die Entente möglicherweise die daraus erzielten Einnahmen beschlagnahmen könnte. Aber was sollte die Entente mit dem Berge von Papier anfangen, den sie als Ertrag des Reichsnotopfers erhielte. Der Entente liegt doch nichts daran, entwertetes deutsches Papiergeld zu bekommen, sondern sie will Waren haben und sie wird die Forderungen, die sie an uns hat, wenn sie nicht von aller Vernunft verlassen ist, auch in Zukunft in der Weise eintreiben, wie sie es bisher getan hat, indem sie uns die Güter bezeichnet, die sie von uns haben will. Sie wird es aber uns überlassen, wie wir das nötige Geld für die zu liefernden Waren auftreiben.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19191213/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG